

## Grünen-Fraktion stellt Antrag

# Energieversorgung ermitteln



Macht es noch Sinn, in den geplanten Neubaugebieten und dem Gewerbegebiet Süd Gasleitungen zu verlegen (r)

Von Vera Szybalski

*vera* NORDWALDE Wie groß ist der jährliche Energiebedarf in Nordwalde? Welche Energieträger werden genutzt? Das und noch einiges mehr wollen die Grünen wissen. Deshalb soll die Gemeindeverwaltung für alle kommunalen Einrichtungen einen aktuellen Status zur Energieversorgung erheben. Einen entsprechenden Antrag hat die Grünen-Fraktion eingereicht. Er soll in der Ratssitzung am heutigen Dienstag (Beginn um 18.30 Uhr im Forum/Mensa der KvG-Gesamtschule) behandelt werden.

Der Antrag soll nur der Anfang eines Prozesses sein und zeigen, an welchem Punkt die Gemeinde startet. Es sei die große Aufgabe von Politik und Verwaltung, überall in Deutschland und natürlich auch in Nordwalde, die notwendigen Schritte zu einer sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung zu diskutieren und umzusetzen. „Da werden auf lokaler Ebene spannende Fragen zu beantworten sein“, schreibt Fraktionssprecher Oliver Hesse in einer Pressemitteilung.

Hesse gibt ein Beispiel: Sicher sei, der Gasverbrauch soll kurzfristig reduziert und langfristig durch andere Energieträger ersetzt werden: Mache es da noch Sinn, in den geplanten Neubaugebieten und dem Gewerbegebiet Süd Gasleitungen zu verlegen? Sollten Wohn- und Gewerbeimmobilien nicht besser von Anfang an so geplant werden, dass Gas für die Energieversorgung, beispielsweise für Heizung und Warmwasserversorgung, nicht mehr notwendig ist? Das sei auch ein Thema beim Bürgerzentrum, so Hesse weiter, dort haben die Grünen eine Anfrage gestellt, wie die Energieversorgung derzeit geplant ist.

Hintergrund des Antrags sind die Klimawende und die Energieversorgung in Deutschland. Der Ukraine-Krieg habe zwei wesentliche Effekte, schreibt Oliver Hesse weiter. Da sei zum einen das große persönliche Leid von Millionen ukrainischer Bürgerinnen und Bürger, die entweder in der Ukraine mit den Gefahren des Kriegs leben müssen oder die ihr Land verlassen und in den umliegenden europäischen Ländern, wie Deutschland, Zuflucht suchen. Zum anderen würden sich aus diesem Krieg und den damit verbundenen Sanktionen der europäischen Länder gegenüber Russland sehr große Risiken in Sachen Versorgungssicherheit mit fossilen Energieträgern ergeben. „Insbesondere beim Gas, wo Russland einen wesentlichen Teil des deutschen Bedarfs deckt“, so der Grünen-Fraktionssprecher.

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs werde aktuell die Frage gestellt, ob und wie Deutschland die Abhängigkeit von Lieferungen fossiler Energieträger aus Russland deutlich reduzieren oder sogar beenden kann. „Dabei wird darüber diskutiert, ob und wie der Bedarf in Deutschland über Lieferungen aus anderen Ländern gedeckt werden kann“, schreiben die Grünen in der Begründung ihres Antrags. „Da dies aber zum einen den Wechsel von einer Abhängigkeit in die nächste mit entsprechend hohen Energiepreisen bedeuten würde und zum anderen Lücken insbesondere bei der Gasversorgung drohen, wird von Seiten der Bundesregierung zusätzlich der schnelle Ausbau erneuerbarer Energien favorisiert.“ Stimmen, die die Reduzierung des Energieverbrauchs insgesamt fordern, würden zudem lauter.

Wahrscheinlich werde zumindest Gas langfristig teuer bleiben und gegebenenfalls nicht im ausreichenden Maße verfügbar sein. „Gerade für die nächste Heizperiode im kommenden Winter 2022/2023 stellt sich die Frage der Versorgungssicherheit“, so die Grünen weiter. „Und auch wenn sich die Situation bei den fossilen Energieträgern wider Erwarten beruhigen sollte: Das Gute ist, dass jeder Schritt, der jetzt weg von fossilen Energieträgern wie Gas, Öl und Kohle hin zu erneuerbaren Energien gemacht wird, auch einen Schritt in Richtung Energiewende und Klimaschutz bedeutet.“

„Wir wissen also, wohin es gehen soll und kennen grundsätzlich den Weg“, so Oliver Hesse. „Das gilt es nun auf die lokale Ebene runter zu brechen. Wir wissen für Nordwalde nicht wirklich, von wo wir starten, wie weit dieser Weg ist und wie lange es dauert, ans Ziel zu kommen.“ Das sei der Grund für den Antrag. Denn: „Als erstes ist es wichtig, die aktuelle Versorgungssituation zu kennen.“

